

14.09.2009 GEA

Wahlkampf Verdi-Chef Frank Bsirske wirbt mit Grünen-Kandidatin Beate Müller-Gemmeke für einen Politikwechsel

»Sozial statt marktradikal«

VON CHRISTOPH B. STRÖHLE



*Frank Bsirske sprach vor rund sechzig Zuhörern in der Uhlandhöhe.
FOTO: STRÖHLE*

REUTLINGEN. Als die Hartz-Reformen eingeführt wurden, habe sie mit ihrer Partei gehadert, gestand Beate Müller-Gemmeke am Freitag in der »Uhlandhöhe«. Ihre persönliche Konsequenz sei jedoch nicht Austritt, sondern Engagement gewesen. »Heute haben wir ein Wahlprogramm, das ehrlich ist und Fehler bei Hartz IV zugibt«, so die Bundestagskandidatin von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis Reutlingen. »Wir Grünen sind wieder gewerkschaftsnah und haben wieder ein sozialpolitisches Profil, das ich unterschreiben kann.«

Für die Sprecherin von »Gewerkschaftsgrün«, dem Forum für Arbeit und Soziales in ihrer Partei, steht fest: Die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II müssen »deutlich erhöht« werden, ebenso das Schonvermögen. Vor allem aber müsse »Schluss sein mit bürokratischer Schikane und dem Druck, jegliche prekäre Beschäftigung annehmen zu müssen.« Prominente Unterstützung erhielt Müller-Gemmeke bei ihrem Wahlkampfauftritt vom Bundesvorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Bsirske.

Bsirske, der selbst Mitglied der Grünen ist, mahnte einen Politikwechsel an. Es sei ein Skandal, dass hierzulande zwei Millionen Menschen fünf Euro oder weniger die Stunde verdienten. Nirgendwo in Westeuropa sei der »Arbeitslohn-Sektor« größer, ein gesetzlicher Mindestlohn seit langem schon überfällig. »Arbeit darf nicht arm machen und entwürdigen«, sagte Bsirske unter dem Beifall der rund 60 Zuhörer.

Verdi werde die verbleibende Zeit bis zur Bundestagswahl nutzen, um Stimmen für den Mindestlohn zu sammeln, kündigte er an. Die Aktion steht unter dem Motto »sozial statt marktradikal«. Auch bei der Leiharbeit, die Bsirske als »Instrument faktischer Lohndrückerei« bezeichnete, sieht der Gewerkschafter Handlungsbedarf. Geht es nach ihm,

sollen es »Unternehmen, die ihre Geschäftsidee auf Ausbeutung gründen«, künftig schwer haben. Der Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« werde in anderen Ländern bereits erfolgreich umgesetzt. In Frankreich etwa werde Leihkräften nicht nur die gleiche Bezahlung gewährt wie den Stammbeschäftigten, sondern auch eine zehnpromzentige »Prekaritätsprämie« als Ausgleich für ihr instabiles Beschäftigungsverhältnis. Einem massenhaften Missbrauch des Instruments Leiharbeit werde so vorgebeugt.

Bsirske sprach sich dafür aus, Unternehmensgewinne sowie Spitzeneinkommen und große Erbschaften und Vermögen wieder stärker zu besteuern, um die finanziellen Belastungen aus der Finanz- und Konjunkturkrise zu bewältigen. Die »Profiteure der Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre« müssten nun für die Kosten herangezogen werden, sagte er und warb für ein drittes Konjunkturpaket mit Investitionen in Bildung, Umwelt und die öffentliche Infrastruktur. (GEA)